

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

15. Juli 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 25.06.13 griffen mehrere Taliban-Kämpfer den Präsidentenpalast in Kabul an. Nach einem etwa einstündigen Feuergefecht wurden die Angreifer getötet. Am 01.07.13 starben bei einem Anschlag in der nordafghanischen Provinz Baghlan ein Distrikts-Polizeichef und drei weitere Polizisten. In der Hauptstadt Kabul erschossen Sicherheitskräfte einen Selbstmordattentäter, bevor dieser sich vor der Zentrale des Geheimdienstes NDS in die Luft sprengen konnte. In der westafghanischen Provinz Badghis griffen Taliban drei Grenzposten an. Zwölf Aufständische wurden getötet und drei Polizisten verwundet. Am 02.07.13, eine Woche nach dem Angriff auf den Präsidentenpalast, wurden bei einem Angriff der Taliban auf ein ziviles Logistikunternehmen, das für die ISAF in Kabul tätig ist, mindestens elf Menschen getötet. Die Opfer waren vier nepalesische und ein afghanischer Wachmann sowie zwei afghanische Lastwagenfahrer. Am 04.07.13 wurden bei einem Bombenanschlag am Rande einer Hochzeitsfeier in der südafghanischen Provinz Helmand vier Mädchen getötet. Der Anschlag galt vermutlich bei der Hochzeit anwesenden Regierungsvertretern. Am 04.07.13 wurde in der südafghanischen Provinz Helmand eine der bekanntesten Polizistinnen Afghanistans von Unbekannten erschossen. Am 05.07.13 starben bei einem Selbstmordanschlag in Tarin Kot, Hauptstadt der südafghanischen Provinz Uruzgan, mindestens zwölf Polizisten. Bei einem weiteren Selbstmordanschlag in der benachbarten Provinz Kandahar starben ein Zivilist und ein Polizist. Am 07./08.07.13 ereigneten sich in den Provinzen Helmand, Kandahar, Paktika, Kunar, Kabul, Logar, Zabul und Baghlan Bombenanschläge auf afghanische Sicherheitskräfte. Dabei wurden mindestens 16 afghanische Soldaten getötet und drei verletzt. Am 09.07.13 starben in der westlichen Provinz Herat 17 Zivilisten, als ihr Kleintransporter auf eine Sprengfalle fuhr. Sieben weitere Personen wurden verletzt. Am 11.07.13 kamen bei zwei Sprengfallenschlägen in der südafghanischen Provinz Helmand drei Zivilisten und zwei Polizisten um.

Nach Angaben des afghanischen Innenministeriums hätten die afghanischen Sicherheitskräfte im abgelaufenen afghanischen Kalendermonat (bis 20.06.) 299 Tote zu beklagen gehabt, was einen Anstieg von 22 Prozent verglichen mit dem Vorjahreszeitraum bedeute. Weiterhin seien 618 Soldaten und Polizisten verwundet worden. 753 Taliban-Kämpfer seien getötet und 305 gefangen genommen worden. Auch 180 Zivilisten seien ums Leben gekommen. Auf Seiten der ISAF seien laut icasualties.org 24 Soldaten gefallen. Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben der afghanischen Regierung rund 3.400 afghanische Polizisten und Soldaten getötet, 2011 waren es etwa 1.950. Dieser Anstieg dürfte auf die fortschreitende Übertragung der Sicherheitsverantwortung an afghanische Kräfte und den schrittweisen Rückzug des internationalen Militärs zurückzuführen sein.

Sicherheitslage und medizinische Versorgung

Im Gesundheitssektor tätige Nichtregierungsorganisationen melden, dass in den ersten vier Monaten des Jahres 2013 in medizinischen Einrichtungen 42 % mehr Personen mit kriegsbedingten Verletzungen aufgenommen wurden als im selben Zeitraum des Vorjahres. In der südlichen Provinz Helmand sei sogar ein Anstieg um 80 % zu beobachten gewesen. Diese Angaben korrespondieren mit Zahlen des Afghanistan NGO Safety Office (ANSO), das im ersten Quartal 2013 einen Anstieg der Angriffe Aufständischer um 47 % registrierte.

Pakistan/Afghanistan

Lage afghanischer Flüchtlinge

Die pakistanische Regierung hat sich nach Angaben des UNHCR bereit erklärt, die am 30.06.13 abgelaufenen „proof of registration (PoR) cards“ der über 1,6 Millionen registrierten afghanischen Flüchtlinge zu verlängern. Damit werde die gegenwärtige Unsicherheit über den Status dieser Personen beendet.

Pakistan

Präsidentenwahlen voraussichtlich im August

Die Amtszeit des Staatspräsidenten Asif Ali Zardari endet am 08.09.13. Dementsprechend muss dessen Nachfolger am 08.08.13 gewählt werden, so ein Mitglied der pakistanischen Wahlkommission. Der Termin wird offiziell vor dem 20.07.13 verkündet werden. Dieser Ablauf entspräche Artikel 41 (4) der pakistanischen Verfassung. Der Präsidentensprecher teilte mit, dass Zardari nicht vorzeitig sein Amt niederlegen werde.

Stammesgebiete

Nach einer Meldung vom 13.07.13 haben die pakistanischen Taliban in den Stammesgebieten Männerbekleidung verboten, die eng anliegt oder durchsichtig ist. Dieses Verbot richtet sich an Verkäufer und Schneider und wurde bereits vor Ramadanbeginn verkündet. Als Begründung wurde mitgeteilt, dass diese Art der Bekleidung unislamisch und nicht mit der paschtunischen Kultur vereinbar sei. Als Sanktion drohen eine „Geldstrafe“ von 5.000 Rupien sowie die Schließung des Ladens bis zu fünf Tage. Ferner wurde davor gewarnt, solche Kleidung zu tragen. Laut Behörden soll das gleiche Verbot bereits früher durch militante Gruppen für Frauenkleidung verhängt worden sein.

Khyber Pakhtunkhwa

Am 11.07.13, dem ersten Tag des Ramadans, explodierte ein Sprengsatz in Kacha Pakha im Distrikt Kohat nahe einer Moschee. Es starben zwei Menschen und vier wurden verletzt.

Am 08.07.13 explodierte ein Sprengkörper an einem Motorrad am Straßenrand als ein Fahrzeug des Stammesältesten Malik Ghazi Marjan im Gebiet Tor Warai (Distrikt Hangu, Khyber Pakhtunkhwa) die Stelle passierte. Fünf Personen, darunter der Stammesälteste, der als Kritiker der Taliban und anderer Extremisten galt, kamen um. Elf Passanten wurden verletzt.

Sindh

Der Sicherheitschef des pakistanischen Staatspräsidenten namens Bilal Sheikh wurde am 10.07.13 in der Mufti Ahmedur Rehman Road nahe Guru Mandir (Karachi, Sindh) durch einen Selbstmordattentäter getötet, als er in der Nähe seiner Residenz mit dem PKW unterwegs war. Der Fahrer und ein Fruchtverkäufer starben ebenfalls. Es gab zwölf Verletzte. Neben Passanten wurden auch die zum Schutz von Sheikh abgestellten fünf Polizisten verletzt. Der Staatspräsident selbst war nicht vor Ort.

Belutschistan

Am 11.07.13 explodierte eine Bombe an der pakistanisch-afghanischen Grenze nahe Chaman (Belutschistan). Diese war in einem Kühlschrank versteckt, den ein Junge mit einer Karre aus Afghanistan nach Pakistan einführte. Als die Grenzpolizisten die Ware am Grenzübergang Friendship Gate untersuchten, explodierte diese. Zwei Menschen wurden getötet und vier Angehörige des Frontier Corps sowie fünf Passanten verletzt.

Pakistanische Taliban kündigen Unterstützung der Islamisten in Syrien an

Die pakistanischen Taliban haben nach eigenen Angaben Ausbildungslager für Kämpfer eingerichtet, die die Islamisten in Syrien beim Kampf gegen die dortige Regierung und die Schiiten unterstützen sollen. Man habe bereits hunderte Kämpfer nach Syrien geschickt.

Irak

Sicherheitslage

Die Vereinten Nationen (UNO) haben angesichts der anhaltenden Gewalt im Irak vor einem Bürgerkrieg gewarnt. Allein im Juni starben 761 Menschen, im Juli sind es bislang über 300. Zuletzt gab es am 12. und 13.07.13 eine Anschlagsserie, bei der über 60 Menschen ums Leben kamen. Die Anschläge ereigneten sich in Kirkuk, im zentralirakischen Kut und in der südirakischen Hafenstadt Basra.

Syrien

Heftige Kämpfe in Homs und in Vororten von Damaskus

Am 14.07.13 kam es am Stadtrand von Damaskus, in den Vororten Jobar (Dschobar) und Kabun, zu heftigen Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Rebellen; ca. 200 Zivilisten sollen in einer Moschee der Gegend eingeschlossen sein. Auch in Homs halten die Auseinandersetzungen an. Dort kämpft die Hizbollah gemeinsam mit syrischen Regierungssoldaten gegen die Rebellen. In der Stadt sollen sich nach Angaben der UN-Nothilfe Koordinatorin Valerie Amos und der UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay bis zu 2.500 Zivilisten aufhalten.

Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Assad-Gegnern

Am 12. und 13.07.13 fanden Auseinandersetzungen zwischen gemäßigten Rebellen und überwiegend ausländischen Jihadisten statt. Am 12.07.13 töteten Vertreter der al-Qaida-Gruppierung „Islamischer Staat im Irak“ bzw. „Islamischer Staat im Irak und Syrien“ den Kommandeur der Freien Syrischen Armee (FSA), Kamal Hamami. Am 13.07.13 lieferten sich Aufständische der FSA und al-Qaida-Sympathisanten Feuergefechte um einen wichtigen Kontrollpunkt in der Stadt Aleppo.

Führung der Baath-Partei ausgewechselt

Der syrische Präsident, Bashar al-Assad, wechselte am 08.07.13 die Führung der Baath-Partei aus. In einer Rede vor dem Zentralkomitee kritisierte er die mangelnde Kommunikation zwischen den Parteikadern und der Basis und forderte, dass sich die Partei besser für die Interessen der Arbeiter, Bauern und Handwerker einsetzen müsse. Auch der sunnitische Vizepräsident Faruk ash-Sharaa schied aus der Parteispitze, behielt jedoch sein Amt als zweiter Mann im Staat. Er war 22 Jahre syrischer Außenminister und wurde von der Arabischen Liga und den Vereinten Nationen als möglicher Nachfolger Assads bei einer Verhandlungslösung angesehen.

Chef der Interimsregierung der Aufständischen erklärt Rücktritt

Der Chef der syrischen Interimsregierung der Aufständischen, Ghassan Hitto, erklärte am 08.07.13 seinen Rücktritt. Er war seit März 2013 damit beauftragt, in den von Rebellen kontrollierten Gebieten zu regieren. Ihm gelang es jedoch nicht, eine arbeitsfähige Regierung zu bilden.

Libanon

Bombenanschlag in Beirut

Am 09.07.13 kamen bei einem Autobombenanschlag auf dem Parkplatz eines Supermarkts in dem schiitischen Vorort von Beirut, Beir al-Abed, mindestens zwei Personen ums Leben, zahlreiche Menschen wurden verletzt. Ein religiöses Zentrum der „Partei Gottes“ (Hizbollah) soll nach ersten Erkenntnissen Ziel des Anschlags gewesen sein. Aufgrund des Bürgerkriegs in Syrien haben auch die Spannungen im Libanon zugenommen. Die Hizbollah kämpft in Syrien an der Seite des syrischen Regimes, wogegen die Sunniten im Libanon auf der Seite der syrischen Rebellen stehen.

Türkei

Führungswechsel bei der PKK

Nach türkischen Presseberichten beschloss die PKK-Führung vergangene Woche, den PKK-Führer und Vorsitzende des Exekutivrats der kurdischen Dachorganisation KCK, Murat Karayilan, durch das Gründungsmitglied der PKK, Cemil Bayik, zu ersetzen. Dieser gilt als enger Vertrauter des inhaftierten Kurdenführers Öcalan. Bayik soll die Organisation zusammen mit dem weiblichen Führungsmitglied Besê Hozat führen. Karayilan, unter dem der Rückzug der PKK-Kämpfer aus der Türkei mit der Regierung vereinbart wurde, bleibt Leiter des militärischen Flügels der PKK.

Türkische Armee soll innenpolitischen Einfluss verlieren

Das türkische Parlament will den innenpolitischen Einfluss der Armee beschränken. Die Abgeordneten stimmten am 12.07.13 für eine Gesetzesänderung, die den Handlungsspielraum der Streitkräfte auf den Schutz der türkischen Bürger gegen auswärtige Bedrohungen und Gefahren begrenzt. Mit der von der regierenden islamisch-konservativen AKP-Partei eingebrachten Novelle soll ein Gesetzesartikel geändert werden, der nach dem Militärputsch im Jahr 1960 erlassen worden war. Mit dem Passus, „die türkische Republik zu erhalten und zu verteidigen“, rechtfertigte die Armee die Staatsstreich in den Jahren 1971 und 1980. Die Gesetzesänderung wurde von der Opposition unterstützt, lediglich die nationalistische MHP stimmte dagegen, da eine Änderung des Artikels 35 aus ihrer Sicht den Kampf der Armee gegen kurdische Rebellen erschwere. Die AKP von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan strebt seit dem Beginn ihrer Regierungszeit im Jahr 2002 danach, den Einfluss des Militärs auf die Politik zu verringern.

Libyen

Bengasi: Verstärkte Sicherheitsvorkehrungen und mehrere Anschläge

Mit Beginn des Ramadan am 10.07.13 wurden die Sicherheitsvorkehrungen in Bengasi mit Hilfe der Armee verstärkt.

Am 08.07.13 wurde Hamed Buruki, ein ehemaliger Offizier des Gaddafi-Geheimdienstes für innere Sicherheit, im Quarsah-Distrikt durch eine Bombe an seinem Fahrzeug tödlich verletzt.

Hamid Al-Hassi, Chef des militärischen Flügels des umstrittenen Cyrenaica Transitional Councils (CTC), überlebte am 04.07.13 einen Anschlag mit einem Bauchschuss. Zwei seiner Begleiter wurden getötet. Der CTC will eine Autonomie des Ostens im Rahmen einer Föderation mit anderen Regionen Libyens. Al-Hassi war bereits im November 2012 Ziel eines Anschlages. Damals starb ein Leibwächter und zwei wurden verletzt.

Tripolis

Am 10.07.13 wurden die Gebäude des Innenministeriums an der Airport Road in Tripolis wieder vom Personal des Innenministeriums übernommen. Milizangehörige hielten die Gebäude seit dem 02.07.13 besetzt. Sie forderten, das Supreme Security Committee aufzulösen, welches landesweit Polizeiaufgaben wahrnimmt und ebenfalls aus Milizangehörigen besteht. In den Tagen zuvor hatten die Besetzer fünf Personen freigelassen, die Milizionäre im Zuge der Besetzung gefangen genommen hatten: Am 09.07.13 drei Fotografen und am 06.07.13 zwei mutmaßliche Bürgerrechtsaktivisten. Die Beendigung der Besetzung wurde durch Verhandlungen des Elektrizitätsministers Muhairig zusammen mit Kabinettskollegen erreicht, welche in Form eines Ministerkomitees vom Allgemeinen Generalkongress mit der Auflösung von Milizen beauftragt wurden. Ob es Zugeständnisse gab, wurde nicht bekannt.

Der Allgemeine Generalkongress hatte zuvor ein Gesetz Nr. 27 erlassen, um die bewaffneten Gruppen (Milizen) aus der Stadt zu entfernen. Nach Angaben des Elektrizitätsministers ist damit zu rechnen, dass die Umsetzung Monate dauern wird.

Am 10.07.13 schossen Unbekannte auf Said Amer Guji, Mitglied des Generalstabs der libyschen Armee, als er ein Versorgungslager der libyschen Armee verließ. Guji, ein bekannter revolutionärer Kriegsheld, erwiderte das Feuer und vertrieb die Angreifer. Er erlitt Verletzungen am Kopf und an der Hand.

Tunesien

Ausnahmezustand erneut verlängert

Präsident Moncef Marzouki verlängerte am 09.07.13 auf Empfehlung von Sicherheitsexperten und nach Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten und dem Parlamentspräsidenten den seit zweieinhalb Jahren geltende Ausnahmezustand um drei Monate. Die Maßnahme tritt rückwirkend zum 03.07.13 in Kraft. Der Ausnahmezustand gilt seit dem Sturz des früheren Staatschefs Zine al-Abidine Ben Ali am 14.01.11 und war zuletzt am 03.05.13 für einen Monat verlängert worden.

Ägypten

Fahrplan für Übergangszeit verkündet

Am 08.07.13 erließ Übergangspräsident Adli Mansur ein Dekret mit einem detaillierten Fahrplan für eine sechsmonatige Übergangszeit. Ein innerhalb von zwei Wochen zu bildender Verfassungsausschuss soll binnen zwei Monaten eine Verfassung ausarbeiten. Über diesen Entwurf ist ein Referendum innerhalb eines Monats vorgesehen. Danach sollen innerhalb von zwei Monaten Parlamentswahlen stattfinden. Anschließend ist ein Termin für die Wahl eines neuen Präsidenten festzusetzen.

Einigung auf neuen Premierminister

Am 09.07.13 ernannte Übergangspräsident Adli Mansur den 76-jährigen Wirtschaftswissenschaftler Hasem al-Beblawi zum Premierminister. Al-Beblawi war von Juli bis Dezember 2011 Finanzminister Ägyptens gewesen und nach dem Sturz von Präsident Mubarak auch Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei. Den Friedensnobelpreisträger Mohammed el-Baradei ernannte Mansur zum Vizepräsidenten mit Zuständigkeit für die Außenbeziehungen.

Die salafistische an-Nur-Partei erklärte ihre Unterstützung für al-Beblawi. Die Muslimbruderschaft lehnt nicht nur al-Beblawi, sondern auch den Fahrplan für die Übergangszeit ab.

Premierminister al-Beblawi besetzte bereits mehrere Ressorts seines Kabinetts. So soll Hani Kanri, ein Christ, Finanzminister werden. Al-Beblawis Angebot an die Muslimbruderschaft, sich an der Bildung des Kabinetts zu beteiligen, lehnte diese ab.

Demonstrationen der Islamisten

Am 12.07.13 demonstrierten etwa 100.000 Anhänger des gestürzten Präsidenten Mursi in Kairo für dessen Freilassung und Wiedereinsetzung ins Amt sowie gegen General Abd al-Fattah al-Sisi. Die Islamisten kündigten weitere landesweite Proteste für den 15.07.13 an.

Russische Föderation

Kritischer Journalist in Dagestan getötet

Am Morgen des 09.07.13 erschossen Unbekannte Akhmednabi Akhmednabiyev, stellvertretender Chefredakteur der in Machatschkala (Hauptstadt der russischen Teilrepublik Dagestan) erscheinenden unabhängigen Wochenzeitung „Novoye Delo“ (Neues Geschäft). Sie hatten in seinem Wohnort Semender auf seinen Wagen gefeuert. Akhmednabiyev war auch Korrespondent für die 2001 vom Moskauer Menschenrechtszentrum Memorial gegründete Internet-Nachrichtenseite „Caucasian Knot“. Der Journalist war für seine Untersuchungen von mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte bekannt. Er ist der siebzehnte Journalist, der seit 1993 in Dagestan unter verdächtigen Umständen ums Leben kam. Laut Memorial scheint es, dass versucht wird, jede verlässliche Berichterstattung aus Dagestan zu verhindern.

Nigeria

Boko-Haram-Mitglieder zu lebenslanger Haft verurteilt

Am 09.07.13 verurteilte der Federal High Court in der Hauptstadt Abuja vier mutmaßliche Mitglieder der islamistischen Terrororganisation Boko Haram zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Sie wurden der Planung und Ausführung zweier terroristischer Bombenanschläge für schuldig befunden: am 08.04.11 in der Stadt Suleja, Bundesstaat Niger, auf ein Büro der Wahlkommission mit 16 Todesopfern und am 23.05.11 im Dorf Dakna, Bundesstaat Niger, mit drei Todesopfern. Ein fünfter Angeklagter wurde wegen derselben Taten zu 10 Jahren Haft verurteilt, ein sechster Angeklagter freigesprochen. Bei den verhängten Freiheitsstrafen handelt es sich um die bisher schwersten Strafen gegen mutmaßliche Boko-Haram-Mitglieder. Laut Behördenangaben wurden bisher Hunderte Militante verhaftet, jedoch erst wenige vor Gericht gestellt. Die letzte Verurteilung eines mutmaßlichen Boko-Haram-Mitglieds soll im Dezember 2011 erfolgt sein.

DR Kongo

Nord-Kivu: Angriff der ADF auf Kamango löst Flüchtlingsstrom aus

Am 11.07.13 griffen Kämpfer der ugandischen islamistischen Rebellenorganisation ADF („Allied Democratic Forces“) die kongolesische Stadt Kamango an (Provinz Nord-Kivu, rund 10 km vor der Grenze zu Uganda) und plünderten Verwaltungsgebäude sowie das Krankenhaus. Der kongolesischen Regierungsarmee gelang die Rückeroberung der Stadt, wo laut ugandischen Militärangaben seit dem 13.07.13 keine Kämpfe mehr stattfinden. Das ugandische Rote Kreuz berichtet, dass bis zum 14.07.13 etwa 66.000 Kongolesen die Grenze überquert hätten und Schutz im ugandischen Bezirk Bundibugyo suchten. Aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen wird vor einer humanitären Krise gewarnt.

Die ADF wurde 1996 in den Ruwenzori-Bergen in Westuganda gegründet und bekämpfte die ugandische Zentralregierung. Nach einer Offensive der ugandischen Armee zog sich die Gruppe in den Bezirk Ituri der kongolesischen Provinz Nord-Kivu zurück. Den kongolesischen Regierungstruppen gelang es in den letzten Jahren nicht, die ADF zu zerschlagen. Diese konnte die Zahl ihrer Kämpfer auf etwa 1.300 erhöhen.

Guinea

Parlamentswahlen erneut verschoben

Die zuletzt für den 30.06.13 geplanten Parlamentswahlen sollen nach einer Vereinbarung der Regierung mit den Oppositionsparteien nunmehr Ende September stattfinden. Die Kommission für Friedenskonsolidierung der Vereinten Nationen (United Nations Peacebuilding Commission) begrüßte die Vereinbarung, die am 03.07.13 in der Hauptstadt Conakry unterzeichnet wurde.

Somalia

Fünf Tote bei Selbstmordanschlag

Bei einem Selbstmordanschlag in Mogadischu am 12.07.13 auf Soldaten der Afrikanischen Union, die sich in gepanzerten Fahrzeugen auf dem Weg zum Flughafen befanden, kamen nach Angaben von Augenzeugen mindestens fünf Zivilisten ums Leben. Zwei AU-Angehörige wurden verletzt. Zu dem Anschlag bekannte sich die al-Shabaab.

Bei einem Anschlag mit einer Handgranate auf das Fahrzeug von Polizisten auf dem Bakkara-Markt in Mogadischu wurden am 09.07.13 vier Polizeiangehörige verletzt. Zum Anschlag bekannte sich bislang niemand.

„Madobe“ gewinnt in Kismayo

Nach schweren Kämpfen mit Dutzenden Toten soll Sheikh Ahmed Mohamed Islam „Madobe“ in der vergangenen Woche die Kontrolle über die südsomalische Hafenstadt errungen haben. Madobe war am 15.03.13 auf der Konferenz zur Gründung des „Jubaland-Staates“ in Kismayo vom Darod-Clan der Ogaden zum Präsidenten des autonomen Teilstaats gewählt worden. Seinen Führungsanspruch hatten der Milizenführer und frühere Verteidigungsminister der somalischen Übergangsregierung, Barre Hiirale vom Darod-Clan der Marehan, sowie Ifti Hassan Basto, Milizenführer vom Darod-Clan der Warsangeli, bestritten (s. BN vom 20.05. und vom 10.06.13).

Togo

Parlamentswahl verschoben/Oppositionspolitiker freigelassen

Nach mehreren Gesprächen Mitte Juni und Anfang Juli zwischen Vertretern der Regierung und der Opposition wurde die für den 21.07.13 geplante Parlamentswahl auf den 25.07.13 verschoben.

Die Oppositionspolitiker Gerard Adja, Jean Eklou und Alphonse Kpogo wurden am 11.07.13 vorläufig freigelassen. Sie waren im Zusammenhang mit den Bränden auf den Märkten von Lomé und Kara festgenommen worden.

Bhutan

Regierungswechsel

Die Opposition, die People's Democratic Party (PDP), gewann die Parlamentswahlen vom 13.07.13. Nach Angaben der Wahlkommission errang die PDP 32 der 47 Parlamentssitze. Die bislang regierende Peace and Prosperity Party (DPT) gewann 15 Mandate. Es waren die zweiten demokratischen Wahlen in Bhutan überhaupt. Erstmals konnten die Einwohner vor fünf Jahren abstimmen, als das Königshaus seine absolute Macht zugunsten einer konstitutionellen Monarchie abgab. Damals hatte die DPT 45 der 47 Sitze gewonnen.

Der Wahlkampf wurde von Streitigkeiten Bhutans mit dem Nachbarn Indien beeinflusst. Indien strich Anfang des Monats Vergünstigungen für Gas und Kerosin und reagierte damit wohl auf erste Gespräche zwischen dem bisherigen Regierungschef Jigme Thinley und China. Die PDP war mit dem Versprechen angetreten, die Beziehungen zu Delhi wieder zu verbessern.

Flüchtlinge sitzen fest

Ungelöst dürfte weiter das Schicksal mehrerer zehntausend Flüchtlinge aus Bhutan bleiben, die noch immer in Lagern in Nepal leben. Die meisten von ihnen sind Nachkommen von Nepalis, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert nach Bhutan gekommen waren. Ihnen hat der Staat in den 1980er-Jahren rückwirkend die Staatsbürgerschaft entzogen. Auf Proteste gegen diese Diskriminierung reagierte Bhutan mit Gewalt. Mehr als 100.000 Personen flüchteten daraufhin nach Nepal.